

MALSCH, Thomas, SELTZ, Rüdiger (Hrsg.): Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand. Beiträge zur Entwicklung der Industriearbeit, Berlin 1987.

OFFE, Claus: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie. In: ders.: Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/Main; New York 1984, S. 13–43.

SCHLAFFKE, Winfried: Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel – Die Aufgaben des Bildungswesens. In: GÖBEL, Uwe/SCHLAFFKE, Winfried (Hrsg.): Berichte zur Bildungspolitik 1987/88 des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln 1987, S. 9–39.

SENGENBERGER, Werner: Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich, Frankfurt, New York 1987.

TROLL, Lothar, u. a.: Verbreitungsgrad neuer Technologien und Veränderungen seit 1979. In: BIBB/IAB (Hrsg.): Neue Technologien . . . , a.a.O., S. 11–43.

WEYMANN, Ansgar: Strukturwandel im Verhältnis von Bildung und Beschäftigung. In: Soziale Welt, Sonderband 5, hrsg. von WEYMANN, A., Göttingen 1987, S. 3–24.

Günter Kühn / Klaus-Detlef R. Breuer / Ingegerd Schäuble

Das soziale Umfeld bei Langzeitarbeitslosen als Einflußfaktor in der Umschulung

Der zunehmenden Zahl von Langzeitarbeitslosen steht eine unveränderte Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften gegenüber. Sofern überhaupt Langzeitarbeitslose eine realistische Chance der beruflichen Wiedereinmündung haben sollen, sind umfassende, auf diesen Personenkreis ausgerichtete Maßnahmen der beruflichen Umschulung und Weiterbildung notwendig.

Wie die Erfahrung zeigt, weisen entsprechende Maßnahmen häufig hohe Abbruchquoten auf. Die Gründe hierfür liegen oftmals weniger in pädagogisch-inhaltlichen Ursachen, als vielmehr in einer Reihe von Umständen, zu denen auch das soziale Umfeld gehört. Dieser in der einschlägigen Forschung bisher noch nicht in seiner tatsächlichen Bedeutung für die berufliche Bildung gewürdigte Sachverhalt ist Gegenstand des folgenden Beitrags.

1 Langzeitarbeitslosigkeit als Dauerphänomen

Über zwei Millionen offiziell gemeldete Arbeitslose, dazu die sog. stille Reserve – seit 1983 scheint sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit einem Phänomen abzufinden, welches sein Pendant in anderen europäischen Industrienationen findet. Ist die hohe Zahl von Arbeitslosen schon erschreckend an sich, so verschärft sich die Problematik, wenn man genauer untersucht, was sich hinter dieser Zahl verbirgt.

An dieser Stelle soll das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit gesondert aufgegriffen werden. Je weniger sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt entspannt, desto höher wird die Anzahl derjenigen, deren Arbeitslosigkeit länger als zwölf Monate andauert: von 1980 bis 1985 stieg ihr Anteil von 12,9 auf 31,0 Prozent [1], eine Tendenz, die auch in den Folgejahren nicht zurückgehen wird.

Verfolgt man Langzeitarbeitslosigkeit an der Zahlenentwicklung, so ergibt sich folgendes Bild: Im September 1986 waren 684.000 Arbeitslose bereits länger als ein Jahr ununterbrochen beschäftigungslos. Mehr als zwei Jahre waren über 320.000 Personen arbeitslos.

Im September 1987 waren rund 330.000 Männer und Frauen zwischen einem bis zwei Jahre ohne Beschäftigung und 340.000 bereits zwei Jahre und länger. Damit setzt sich auch statistisch seit 1974 ein Trend zur längeren Dauer der Arbeitslosigkeit fort. [2]

Als Ursache für Langzeitarbeitslosigkeit sind sowohl strukturelle, konjunkturelle als auch individuelle Gründe anzuführen. Langzeitarbeitslosigkeit tritt vor allem dort auf, wo eine traditionell hohe Konzentration von Beschäftigten auf niedrigem Qualifikationsniveau mit hohen Anteilen manueller Arbeit zu verzeichnen ist. [3] Als individuelle Merkmale von Langzeitarbeitslosen gelten in der Regel:

- höheres Alter,
- gesundheitliche Beeinträchtigung und

- ein niedriges berufliches Qualifikationsniveau.

Die Arbeitsverwaltung spricht in Übereinstimmung mit internationalen Gepflogenheiten von Langzeitarbeitslosigkeit, wenn die Dauer der Arbeitslosigkeit unabhängig von anderen Kriterien ein Jahr und länger beträgt. Diese Definition von Langzeitarbeitslosigkeit orientiert sich an der ursprünglichen Höchstdauer des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Sie ist ausgesprochen formal und läßt inhaltliche Problemaspekte außer acht. Zur ganzheitlichen Bewertung des komplexen Themas Langzeitarbeitslosigkeit muß man u.a. auch berücksichtigen, daß

- die Betroffenen häufig bestimmten sozialen Gruppen (wie z. B. Un- und Angelernte, Frauen, Ausländer, ältere Arbeitnehmer, Berufsanfänger mit langjährigen Berufseinmündungsschwierigkeiten) angehören,
- das subjektive Ausmaß der persönlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit Auswirkungen auf die Persönlichkeitsstruktur hat und Veränderungen der sozialen Beziehungen nach sich zieht,
- die materielle Schlechterstellung aufgrund von Einkommensverlusten oft auch noch durch Verschuldungsproblemen verschärft wird.

2 Berufliche Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen

Nur vordergründig erscheint es als Widerspruch, wenn der großen Anzahl von (Langzeit-)Arbeitslosen der vielfach beklagte Mangel an Facharbeitern gegenübergestellt wird. In der Tat können zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze wegen der auf dem Arbeitsmarkt nicht vorhandenen Qualifikation nicht besetzt werden. Geradezu zwingend drängt sich hier die Überlegung auf, durch geeignete Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung – in der Regel durch Umschulung – einerseits die Chancen für eine berufliche Wiedereinmündung von Arbeitslosen nachhaltig zu verbessern und andererseits den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken.

Dieser Ansatz wird seit geraumer Zeit von der Arbeitsverwaltung und einer großen, kaum überschaubaren Zahl von öffentlichen wie privaten Trägern von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen verfolgt.

In der Praxis der Umschulung stößt die Umsetzung dieses Anliegens jedoch auf vielfältige Schwierigkeiten. Neben den immer noch zu verzeichnenden Vorbehalten grundsätzlicher Art gegenüber erwachsenen Umschülern treten auch andere Schwierigkeiten auf, die ihre Erklärung nicht mehr in pädagogischen Sachverhalten finden. Darüber hinaus entscheiden auch die materiellen Rahmenbedingungen und die jeweils spezifischen Verhältnisse des sozialen Umfelds von Weiterbildungsteilnehmern über Erfolg oder Mißerfolg der Teilnahme.

Diese hier zunächst sehr allgemein formulierte Hypothese war die Grundlage für drei im Forschungsprojekt 4.059 des Bundesinstituts für Berufsbildung vergebene Forschungsaufträge, deren Ergebnisse jetzt weitgehend vorliegen. [4]

Das BIBB hat mit der Frage nach dem sozialen Umfeld Betroffener und seinem möglichen Einfluß auf Teilnahme und Erfolg an Umschulung und Weiterbildung „Forschungsneuland“ betreten, für dessen Bearbeitung auf einschlägige Literatur nicht zurückgegriffen werden konnte. Die ersten jetzt vorliegenden Untersuchungsergebnisse können zwar wegen der nicht hinreichenden quantitativen Basis nur als Resultate aus Pilotuntersuchungen gewertet werden, berechtigen aber bereits zur Formulierung erster Thesen, die zukünftig vertieft untersucht werden müssen.

Die Vermutung des Einflusses von sozialer Umwelt auf Lernverhalten und Lernerfolg steht schon lange im Raum. In den im Auftrage des Bundesinstituts für Berufsbildung durchgeführten Untersuchungen geht es darum, erste qualitative, wissenschaftlich gesicherte Ergebnisse zu diesem vermuteten Sachverhalt zu gewinnen. Diese sollen als Entscheidungsgrundlage für die Verbesserung der praktischen Durchführung von Umschulungsmaßnahmen dienen. Die nachstehend mitgeteilten Ergebnisse beziehen sich auf Teile des Untersuchungsberichts von I. Schäuble/K. Schreifeldt (vgl. Quellenverzeichnis) und vermögen aufzuzeigen, welchen Friktionen Langzeitarbeitslose während der Umschulung ausgesetzt sind, wie diese die Umschulung beeinflussen und welche Veränderungen erforderlich sind, um die Effizienz von Umschulungsmaßnahmen für Teilnehmer, Förderer und Anbieter zu erhöhen.

In der Vergangenheit ist diese Effizienz häufig durch hohe Abbruchquoten verfehlt worden. Nach übereinstimmenden Erfahrungen von Bildungspraktikern konnte die Abbruchquote in den einzelnen Bildungsmaßnahmen bis zu zwei Drittel der ursprünglichen Teilnehmerzahlen betragen – ein schon aus ökonomischen Gründen nicht zu akzeptierender Sachverhalt, der noch mehr an Bedeutung gewinnt, wenn man an die Auswirkungen auf die unmittelbar Betroffenen denkt.

Federwisch [5] bezeichnet Abbruch als „jede Form der vorzeitigen Beendigung einer beruflichen Bildungsmaßnahme nach Eintritt in dieselbe bis zur Abschlußprüfung“, wobei er das Nichtbestehen einer Abschlußprüfung ausdrücklich nicht als Abbruch bezeichnet. Als Gründe oder Erklärung für vorzeitigen Abbruch führt er an, daß für einen konkreten Abbruch keine monokausalen Erklärungen gegeben werden können, sondern die Abbruchsgründe meist in einer komplexen Problemkonstellation bestehen, sich wechselseitig bedingen und sich zu einem wachsenden Problemdruck verdichten, bis der Abbruch der Teilnahme an der Maßnahme unvermeidlich ist. An Ausnahmen in dieser Hinsicht sind in erster Linie Abbrüche wegen Arbeitsaufnahme, wegen längerer Erkrankungen während der Maßnahme oder wegen nachträglich festgestellter Berufsuntauglichkeit zu nennen.

Ursachen für die durch die o. g. Problemkonstellation verursachten Abbrüche sind

- die finanzielle Situation – u. a. teilweise daraus resultierende Verschuldung bzw. der Zwang, nach Zusatzeinnahmen (z. B. durch Schwarzarbeit) zu suchen;
- eine prekäre persönliche Lebenssituation, u. a. auftretende Partnerschaftsprobleme, Wohn- bzw. Mietschwierigkeiten, Kinderbetreuungs- bzw. Versorgungsprobleme;
- Alkohol- und Drogenmißbrauch, psychosoziale Schäden infolge chronischer Krankheiten bzw. infolge längerer Arbeitslosigkeit;
- aufgrund einer problematischen Rollensituation als Lernende(r) bzw. in der Konfrontation mit den Lernanforderungen und ihrer Bewältigung wie Lern- und Konzentrationsprobleme, veränderliche Interessen- und Motivationslage, aussichtslos erscheinende Lernanforderungen angesichts großer Kenntnislücken, z. B. bei Ausländern gravierende Sprach-

probleme; ungünstige „Rahmenbedingungen“ wie lange Anfahrtswege, dem Lernen abträgliche Wohnverhältnisse.

An dieser Stelle wird deutlich, daß die Gründe für den Abbruch bei einer Umschulung in vielen Fällen nicht pädagogisch-inhaltlicher Natur sind, sondern daß ihre Ursachen häufig im sozialen Umfeld der Teilnehmer zu suchen sind.

3 Das soziale Umfeld von Umschülern

3.1 Methodischer Ansatz

Um die komplexen Netzwerke, über die die einzelnen Weiterbildungsteilnehmer/Umschüler mit ihrem sozialen Umfeld verbunden sind, adäquat erfassen zu können, haben sich Schäuble/Schreifeldt in ihrer Studie auf sozialpsychologische Untersuchungsansätze bezogen. Die Ergebnisse zu diesen „Netzwerk-Analysen“ stellen einen eigenen thematischen Teil dar und werden hier nicht referiert. Korrespondierend dazu erwiesen sich die in der empirischen Sozialforschung normalerweise eingesetzten Methoden zum Teil als zu grob, zum Teil als zu ausschließlich fakt-orientiert und größtenteils auch als zu wenig sensibel für derart diffizile Untersuchungsfragen. Deshalb wurden aus psychologischen und therapeutischen Gesprächspraktiken Elemente übernommen und in die Methode des „personenzentrierten Gesprächs“ übersetzt.

Auf der Grundlage unterschiedlicher Gesprächsleitfäden wurden mit den eigentlich Betroffenen – den Umschulungsteilnehmern – und mit von diesen zu benennenden Bezugspersonen aus ihrem familiären oder weiteren sozialen Umfeld Tiefeninterviews nach der Methode des personenzentrierten Gesprächs durchgeführt. Diese Befragungen wurden in einigen Fällen durch Gruppendiskussionen ergänzt.

Wegen der hohen Sensibilität der Befragten und wegen der aus dem Gesprächsverlauf resultierenden Belastungen der Befragten erwies sich eine der Untersuchung parallel geschaltete Supervision für die Interviewer als notwendig.

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse beruhen auf 39 Einzelfällen. Insgesamt sind 76 Tiefeninterviews (bzw. Gruppendiskussionen) durchgeführt worden. Diese Zahl läßt keine im statistischen Sinne repräsentativen Verallgemeinerungen zu. Jedoch haben die in unterschiedlichen Regionen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführten Befragungen äußerst ähnliche Ergebnisse gebracht.

Diese Ergebnisse decken sich auch weitgehend mit Erfahrungen, die im Rahmen der Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und die ein besonderes Arbeitsmarktrisiko tragen, gemacht wurden.

Als Prämisse der Untersuchungen läßt sich formulieren, daß das soziale Umfeld entscheidenden Einfluß auf die psychosoziale Persönlichkeitsbildung des Weiterbildungsteilnehmers ausübt, und daß der Erfolg einer Umschulungsteilnahme durch die psychosoziale Persönlichkeit des Teilnehmers entscheidend beeinflusst wird. Als soziales Umfeld sollen dabei all jene sozialen Beziehungen und Verflechtungen bezeichnet werden, die für die betreffende Person nach ihrer eigenen Einschätzung von Bedeutung sind. Sicher ist dabei zu berücksichtigen, daß je nach Teilnehmer das engere und weitere soziale Umfeld unterschiedlich ausgestaltet ist und unterschiedliche Einflüsse ausübt.

3.2 Ergebnisse und Veränderungsvorschläge

Zur Sicherung des Lebensunterhaltes

Die weitaus meisten Befragten waren vor Beginn der Maßnahme bereits längere Zeit arbeitslos. Hatten sie sich in früheren Zeiten der Berufstätigkeit einen Notgroschen zugelegt, so war er in der

Zeit der Arbeitslosigkeit meist schon aufgebraucht worden. Deshalb haben die meisten der Befragten während der Maßnahme keinerlei finanzielle Spielräume zur Verfügung, um eventuell auftretende Sonderzahlungen abzudecken.

Viele der Befragten sind auf Zuwendungen aus ihrem Bekannten-/Verwandtenkreis angewiesen, um einigermaßen überleben zu können.

Dadurch werden sie aber in eine Abhängigkeit getrieben, die der angestrebten beruflichen Verselbständigung entgegensteht. Andere, die auf solche Hilfe nicht zurückgreifen können oder wollen, versuchen, durch Gelegenheitsjobs ihre Einkünfte aufzubessern. Dies geht jedoch in der Regel auf Kosten der Gesundheit und auch auf Kosten der Umschulung, denn der mit solchen Nebentätigkeiten verbundene psychische Streß mindert die Leistungsfähigkeit der Betroffenen merklich. Um der Abhängigkeit von Verwandten und dem psychischen Streß von Gelegenheitsjobs zu entgehen oder diese zumindest zu vermindern, schränken sich viele der Befragten ein:

- Gespart wird u. a. an Urlaub/Ferien, bei der Haushalts-Ausstattung und bei Familienfeierlichkeiten.
- In der Regel werden auch die Ausgaben für Kleidung, Auto u. ä. während der Zeit der Umschulung/Weiterbildung deutlich gekürzt, was für viele sehr schmerzhaft ist. Ganz besonders leiden darunter die Kinder der betroffenen Familien, die dann mit ihren Freunden/Klassenkameraden nicht mehr „mithalten“ können und deshalb oft ausgestoßen werden.

In wenigen Fällen wurde auch berichtet, daß die Teilnehmer bei der Ernährung sparen. Für viele ist dies jedoch nicht möglich, weil sie die Zeit schon gar nicht haben, um nach Sonderangeboten Ausschau zu halten, um in die entsprechenden Geschäfte zu fahren.

Bei einigen Befragten wurde die Situation zusätzlich erschwert, weil sie Schulden aus früheren Jahren noch zu tilgen hatten. Dabei zeigte sich ganz deutlich, daß die Möglichkeiten für eine Umschulung gerade für Weiterbildungsteilnehmer recht gering sind, wenn sie nicht durch einen kompetenten Schuldenberater unterstützt werden. Ein Weg, der jedem normalen Arbeitnehmer zur Verfügung steht, die Kreditaufnahme bei einer Bank, ist Umschülern nicht gangbar, weil sie in den Augen dieser Institute nicht kreditwürdig sind. Von daher ist ihre Beweglichkeit außerordentlich eingeschränkt.

Dabei war auch festzustellen,

- daß sich die soziale Ungleichheit in Zeiten von Arbeitslosigkeit/Umschulung reproduziert: Wer ein besseres Alltagswissen besitzt, hat in der Regel mehr Informationen und „social skills“ zur Verfügung und kann in der Folge die „normalen“ Unterstützungsquellen problemloser ausschöpfen als die ohnehin schon sozial Benachteiligten,
- daß die Förderungsbeträge, die einzelne Teilnehmer erhalten, in der Höhe stark schwanken. Dies wurde als große Ungerechtigkeit und psychisch belastend angesehen. Daher wird gefordert, daß die staatlichen Förderbeiträge bei Eintritt in eine Bildungsmaßnahme nicht mehr auf der Grundlage bereits vorher erbrachter Leistungen und erworbener Leistungsansprüche festgelegt werden, sondern einheitlich auf

DM 1.400 für Ledige,

DM 1.800 für Verheiratete,

DM 300 pro Kind.

Wohngeldzuschüsse und andere Leistungen sollten dadurch nicht tangiert sein; [6]

- daß vor allem für Vollzeiteilnehmer, die kaum eine Möglichkeit für Gelegenheitsjobs oder regelmäßige Nebenverdienste haben, eine solche Grundfinanzierung die beste Garantie wäre, um eine Maßnahme erfolgreich zu beenden.

Zur sozialpädagogischen Betreuung

Die sozialpädagogische Betreuung, die den interviewten Teilnehmern angeboten wurde, war in den meisten Fällen für den Verlauf und Erfolg der Maßnahme förderlich. Aus diesem Grunde bedarf die Klausel im AFG, nach der solche Hilfen nur für jugendliche Teilnehmer vom Arbeitsamt finanziert werden, dringend einer Modifikation, so daß auch Erwachsene diese Hilfestellung für sich in Anspruch nehmen können.

Bei der sozialpädagogischen Betreuung werden sehr verschiedene Konzepte realisiert: während in einem Fall den Teilnehmern eher Tips und Informationen gegeben werden, damit sie sich selbst helfen, gibt es Fälle, wo Sozialpädagogen ihre Klienten fast psychotherapeutisch beraten und betreuen. Zwischen diesen beiden Polen werden zahlreiche Mischformen praktiziert. Welches sozialpädagogische Konzept im Einzelfall das geeignete ist, läßt sich weder verallgemeinern noch dogmatisch festlegen. In Abhängigkeit von der zu beratenden Person, ihren spezifischen Problemen und den zur Verfügung stehenden anderen Beratungsleistungen (z. B. Suchtberatung, Rechtsberatung) ist letztlich eine individuell zugeschnittene Form der sozialpädagogischen Betreuung zu finden.

Dabei sind nicht selten Barrieren beim Klienten selbst zu überwinden, wenn er befürchtet, durch die sozialpädagogische Betreuung in seiner Entscheidungsfreiheit und in seinem Selbstwertgefühl gefährdet zu sein. Manche Personen sehen ihre grundsätzliche Lebenseinstellung in Frage gestellt, wenn ein Sozialpädagoge sich „einmischt“. Anderen fehlt die Routine im Umgang mit Beratungsstellen und die Bereitschaft, Hilfe überhaupt anzunehmen.

Wie dem auch sei: sozialpädagogische Konzepte, in denen die Ratsuchenden mit ihren Stärken und Schwächen und ihrer spezifischen sozialen Eingebundenheit anerkannt werden, haben große Aussicht, ein tragfähiges Vertrauensverhältnis zwischen Umschülern und Helfenden aufzubauen. Ist eine sozialpädagogische Betreuung gar in die fachliche Betreuung einer Umschulung/Weiterbildung integriert, so kann der Wirkungskreis gezielt erweitert werden. Eine größere Verzahnung zwischen Ausbildungspersonal und sozialpädagogischer Betreuung macht die Hilfeleistung zielgerichteter und wirksamer.

In einigen Fällen – so wurde berichtet – wäre die sozialpädagogische Betreuung eines einzelnen Teilnehmers nur dann wirklich erfolgreich gewesen, wenn sich auch seine wichtigste Bezugsperson (z. B. Ehepartner/Lebensgefährtin/Freund/Freundin) in diese Betreuung hätte einbeziehen lassen.

Letztendlich ist bei der Konzeption von sozialpädagogischen Hilfen immer auch schon die Beendigung dieser Hilfen im Auge zu behalten und dafür Sorge zu tragen, daß die Hilfesuchenden nicht in eine soziale Leere abgleiten und im Schock die neu erworbenen beruflichen und sozialen Fertigkeiten nicht mehr nutzen können. Die Beratung sollte deshalb nicht streng formalistisch an die Maßnahme selbst gekoppelt sein, sondern bei gegebenem Anlaß auch darüber hinaus angeboten werden.

Zur Bewältigung der Lernanforderungen

Ganz allgemein kann vorausgeschickt werden, daß in der Regel die Lernanforderungen in Umschulungen außergewöhnlich hoch sind, weil der Lernstoff auf knappe Ausbildungszeiten verdichtet wird. Allein deshalb schon müssen die Teilnehmer große Lernleistungen erbringen, was zum Teil zu außerordentlichen Belastungen bei den Teilnehmern führt.

In den Befragungen stellte sich weiter heraus, daß in der überwiegenden Zahl der Fälle viele Lernprobleme nicht in erster Linie aufgrund von mangelnder Intelligenz entstanden sind, sondern psychisch oder sozial bedingt waren. Aus diesem Grund war es auch oft möglich, durch sozialpädagogische Hilfsangebote aus den Lernschwierigkeiten herauszuhelfen.

Bei der Bewältigung von Lernproblemen spielt die Gruppe eine wesentliche Rolle. Wenn der Gruppenzusammenhalt unter den Teilnehmern innerhalb der Maßnahme groß war, konnten Lernprobleme leichter gelöst werden. In einem Fall wurde ganz bewußt – vor Beginn der eigentlichen Umschulungsmaßnahme – eine tragfähige soziale Gruppe aufgebaut: die Solidarität unter den Gruppenmitgliedern, die Konflikt- und Kritikfähigkeit und Toleranz, die in dieser Gruppe gelebt werden konnten, halfen den Teilnehmerinnen auch über schwerwiegendere Motivations- einbrüche und existenzielle Konfliktsituationen hinweg. Die Teilnehmerinnen hatten eine Gruppe, in der sie sozial und emotional aufgefangen wurden, wenn dies notwendig war. Dieses und der bedingungslose Einsatz der zuständigen Sozialpädagogin garantierten den Umschulungserfolg für die Betroffenen, obwohl gerade sie extreme Lebenssituationen zu bewältigen haben.

Bei der Entstehung von Lernproblemen sind aber nicht nur Persönlichkeits- oder soziale Faktoren im Spiel. Oft sind es die sogenannten Rahmenbedingungen, die das Lernen zum Problem werden lassen. Insbesondere in Familien mit engen Wohnverhältnissen wird das Lernen nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich schwierig. Manche Umschüler konnten erst lernen, wenn die Kinder im Bett waren, andere mußten die Wohnung umstellen, um sich eine ruhige Arbeitsecke zu schaffen, und wieder andere versuchten, möglichst in der Umschulungseinrichtung selbst ihre Aufgaben zu erledigen, um die Familie nicht zu stören.

Für alle diejenigen, die nebenbei arbeiten müssen, um ihre Einkünfte aufzubessern, ist das Lernen in der Regel eine große Belastung. Schnell geraten sie ins Hintertreffen. Auch für Mütter bzw. Väter, die ihre Kinder wegen Krankheit zu Hause betreuen müssen, wird die Umschulung zum Problem.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich im Verlauf der Befragungen deutlich herausstellte, daß vor allem dort Lernprobleme auftraten, wo der Zwang zu einem zusätzlichen Gelderwerb bestand und sich die Familienverhältnisse – oft in unterschiedlicher Weise – als schwierig erwiesen. Dabei war es offensichtlich, daß im günstigsten Fall bereits die Zurverfügungstellung von entsprechenden Räumlichkeiten eine Verbesserung bringen konnte. Weiter könnten zusätzliche Stütz- und Förderangebote vorhandene Lernprobleme minimieren. In manchen Fällen würde es schon ausreichen, eine gute soziale Arbeits- und Lernatmosphäre im Rahmen der Umschulung herzustellen, um Lernprobleme entweder überhaupt nicht entstehen zu lassen oder aber sie schnell zu beseitigen.

Zur Kinderbetreuung

Bei 22 von 39 Befragten lebten Kinder im Haushalt, die während der Umschulung untergebracht werden mußten. Fünf Teilnehmer waren alleinerziehend, und in 17 Fällen handelte es sich um Familien bzw. familienähnliche Konstellationen.

In den Befragungen bestätigte sich wieder einmal, wie geschlechtsspezifisch unterschiedlich die Belastungen der Umschüler durch die Betreuung von Kindern sind.

In der Regel haben hauptsächlich die Frauen, ob alleinerziehend oder mit einem Partner zusammenlebend, die Aufgabe der Kinderbetreuung zu erfüllen. Vor allem alleinerziehende Frauen sind einer äußerst hohen Belastung durch

- Umschulung,
- Kinderbetreuung,
- Haushaltsorganisation

ausgesetzt. Sehr oft sind sie am Rande ihrer physischen Kräfte angelangt, was nicht selten auch zu Motivationseinbrüchen gegenüber dem Vorhaben, sich umschulen zu lassen, führt. Eine Reihe von Befragten haben zusätzliche psychische Belastungen zu verkraften, wenn sie sich gerade von ihrem Partner trennen bzw. getrennt haben. In diesen Fällen ist oft ihre existenzielle Situation noch nicht geklärt, die Versorgung der Kinder hat sich noch

nicht eingespielt, und es fehlt meist an emotionaler Zuwendung und Stütze von anderer Seite. Wenn dann, durch die Umschulung bedingt, die sozialen Konflikte außerhalb der Familie nicht mehr gepflegt werden, können Zusammenbrüche die Folge sein, sofern nicht eine Umschulungsgruppe solche Auffangfunktionen übernimmt.

Schließlich ist noch auf das Phänomen der Verselbständigung der Frauen hinzuweisen! Vor allem bei Frauen, die durch die Umschulung eine emanzipatorische Entwicklung durchmachen, kann es zu Gegenreaktionen seitens der Familie kommen: „Du vernachlässigst die Familie/den Haushalt/den Partner“. Dadurch können Schuldgefühle, Selbstzweifel und Selbstvorwürfe entstehen, die dem Umschulungsvorhaben Energie entziehen. Manche Frauen reagieren dann allerdings auch selbst mit einer Gegenstrategie nach dem Motto „jetzt erst recht“. Sie erkennen die Bildungsmaßnahme als eine wichtige Aktivität, um aus dem tradierten Verhaltensmuster ihres Hausfrauen- und Familien-daseins herauszukommen.

Die Belastung durch eine Kinderbetreuung hängt wesentlich vom Alter der Kinder ab. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die von Kindern vorgegebenen Zeitstrukturen nicht besonders flexibel sind (Kindergarten, Schule, Mahlzeiten u. ä. m.). Verständlicherweise gilt dies wegen ihrer mangelnden Selbständigkeit für kleinere Kinder mehr noch als für größere.

Welche praktischen Schlüsse sind aus diesen Aussagen zu ziehen? Von besonderer Bedeutung wäre es,

- Teilzeit-Umschulung einzurichten und die Vollzeitmaßnahmen für Alleinerziehende oder für die Erziehung hauptsächlich Verantwortlichen statt mit bisher 40 Wochenstunden mit 30 zu absolvieren und die Regelzeit der Maßnahme bis zu 30 Monaten zu erhöhen;
- das Angebot individuellen Förderunterrichts für Teilnehmer anzubieten, die der Betreuung erkrankter Kinder wegen der Maßnahme vorübergehend fernbleiben müssen, um Wissensdefizite rechtzeitig wieder aufzuholen und den weiteren Verlauf der Maßnahme zu erleichtern;
- einen mobilen Notdienst von pädagogischen Fachkräften einzurichten, die Umschüler in schwierigen Situationen von der Kinderbetreuung entlasten. Dabei wäre ein Verbund aller Bildungsträger auf regionaler Ebene mit ABM-finanziertem Personal denkbar.
In diesem Zusammenhang ist auch angeregt worden, die zur Betreuung erkrankter Kinder gewährten arbeitsfreien Tage zu erhöhen (auf mindestens 10 Tage bei Kindern bis zu 12 Jahren);
- die in § 45 angegebene Höchstgrenze für Kinderbetreuungs-kosten bis zur Höhe der tatsächlich entstehenden Kosten auszuweiten;
- schließlich das Bewilligungsverfahren in Fragen der Kinderbetreuung generell neu zu überdenken: Der Grundsatz der Arbeitsverwaltung, eine Umschulung bei Alleinerziehenden erst dann zu genehmigen, wenn die Versorgung der Kinder gesichert erscheint, schließt von vornherein zahlreiche arbeitslose Frauen aus. Sie geraten oft bei der Vergabe von Kindergarten- und Hortplätzen ins Hintertreffen mit dem Hinweis, „sie hätten ja genug Zeit für die Versorgung ihrer Kinder“. So entsteht für sie die paradoxe Situation, daß sie als Arbeitslose nur nachrangig bei der Vergabe von Kindergarten- bzw. Hortplätzen berücksichtigt werden und deshalb zum Zeitpunkt der Umschulung keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder vorweisen können.

Verständlich ist, daß die Sorge um eine vernünftige Unterbringung und Versorgung ihrer Kinder die Mütter in besonderem Maß psychisch belastet und keine gute Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme an einer Umschulung ist.

Zur Beratung durch das Arbeitsamt

Eine zentrale Bedeutung im Leben eines Arbeitslosen nimmt naturgemäß die Arbeitsverwaltung ein. In den Intensivgesprächen mit den Arbeitslosen und ihren Angehörigen hatte der Themenbereich „Betreuung und Beratung“ durch das Arbeitsamt einen großen Stellenwert, wobei viele der Äußerungen hierzu sehr spontan kamen.

Die von den Betroffenen geäußerte Kritik deckt sich in vielen Punkten mit Erfahrungen aus der Modellversuchspraxis. In sehr differenzierter Form wird auf diese Thematik auch in einem Bericht über ein Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung eingegangen. [7]

Die Kritik der Befragten bezieht sich zumeist auf

- die Wahl des Berufs als Ergebnis der Beratung,
- die Leistungsabwicklung, insbesondere im Hinblick auf lange Bearbeitungsfristen.

Ohne pauschalisierend die Gesamtheit der Arbeitsberatung zu kritisieren, wird in der Grundtendenz der Aussagen der Betroffenen deutlich, daß

- das Arbeitsamt in seiner Verwaltungsstruktur häufig als unübersichtliche und friktionsreiche Bürokratie erscheint und daß
- verschiedentlich wohl auch einzelne Sachbearbeiter ein eher rigides, administratives Abwicklungsverhalten den Betroffenen gegenüber zeigen.

In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß in einer Situation, in der die einzelnen durch vorangegangene Lebenskrisen psychisch bereits „geschwächt“ sind, sie durch solche Kommunikationsprobleme mit dem Arbeitsamt weitaus mehr getroffen werden, als jemand, der ein stabiles Selbstbewußtsein und klare Zielvorstellungen hat.

Gefühle von Wertlosigkeit, sozialer Isolation, sozialem Abstieg und eine Stigmatisierung als Drückeberger oder Angsthase sollten in der Arbeitsberatung nicht auch noch verstärkt, sondern als Symptom erkannt und möglichst teilnehmer-adäquat angesprochen werden. Dazu wäre es sinnvoll und notwendig, das Wissen der Berater über die Folgen der Arbeitslosigkeit, über die Auswirkung auf Familie und Freundeskreis und über die unterschiedlichen Bewältigungsformen zu erhöhen. Sonst kommt es leicht dazu, daß (Langzeit-)Arbeitslose als Versager degradiert und der Mangel an Arbeit in eine persönliche Schuld umgewandelt werden.

Ein höheres Maß an Problemwahrnehmung von Seiten der Arbeitsberater könnte durch eine intensivere Schulung dieses Personenkreises erreicht werden. Allerdings setzt dies auch voraus, daß der Personalschlüssel deutlich verbessert würde. Ein Berater, der jedem Ratsuchenden lediglich 10 Minuten seiner Zeit widmen kann, kann ein so hohes Maß an Verstehen, Einfühlung und individuell angemessener Umsetzung freilich nicht leisten.

Schlußbemerkung

Die hier mitgeteilten wesentlichen Ergebnisse aus der Münchner Untersuchung werden, wie eingangs schon erwähnt, vielfach bestätigt. [8] Notwendige Veränderungen und Verbesserungen für den betroffenen Personenkreis bedürfen zu ihrer Realisierung mehr politischen Willens als pädagogischer Einflußnahme. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß eine weitgehende Realisierung der hier gemachten Vorschläge zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation der beruflichen Umschulung für einen Personenkreis führt, der in der Vergangenheit häufig nur unzureichend in seiner spezifischen Problemlage identifiziert war. So sind beispielsweise von den Teilnehmern des Werkstattgesprächs [9] konkrete Vorschläge genannt worden, die bei

der Einrichtung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose zu beachten sind:

- Informationen und Beratung sollten sich nicht nur an den potentiellen Teilnehmer, sondern auch an die Bezugsperson richten.
- In Fällen notwendiger sozialpädagogischer Betreuung sollte von vornherein das soziale Umfeld der Teilnehmer mit einbezogen werden.
- Es sollte überlegt werden, ob es im Rahmen der Maßnahme möglich gemacht werden kann, das neue Betätigungsfeld der Qualifizierung den vertrauten Bezugspersonen der Arbeitslosen, z. B. durch offene Tage, gemeinsame Veranstaltungen und Wochenendseminare, zu öffnen. Dies gilt insbesondere im Falle einer Abbruchgefährdung. Hier sollten Familienangehörige rechtzeitig bei der Frage nach der Ursache mit einbezogen werden.

Sie sind allerdings im Zusammenhang mit einer Reihe weiterer Maßnahmen zu sehen. [2] Eine berufliche Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen kann nur als ein flankierendes Mittel verstanden werden. Die Verbesserung der individuellen Situation von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien hängt letztlich von der arbeitsmarktpolitischen Lösung ab, d. h. von der Frage, ob Arbeitsplätze diesen Personen angeboten werden können.

Anmerkungen

- [1] Vgl.: MittAB 2/87.
- [2] KÜHN, G.: Zwischenbericht zum Forschungsprojekt 4.059, „Möglichkeiten zur Qualifizierung von langfristig Arbeitslosen“, Berlin 1988.
- [3] Vgl. hierzu und zum folgenden: KÜHN, G., und BREUER, K.-D.: Langzeitarbeitslose und ihre berufliche Qualifizierung. In: BWP, 17. Jg. (1988), Heft 1, S. 23–25.
- [4] Die Forschungsaufträge sind zeitlich versetzt von der Firma AgaS GmbH, München (Frau Schäuble, Frau Schreifeldt), der Stiftung Berufliche Bildung – Arbeitslosenbildungswerk Hamburg e. V. (Frau Burow-Auffarth, Herr Klauß) und der Universität Stuttgart (Herr Prof. Dr. Endruweit u. a.) bearbeitet worden.
- [5] FEDERWISCH, J.: Umschulungsabbruch (unveröffentl. Manuskript), Hamburg, April 1988, S. 1 f.
- [6] Vgl. hierzu auch: BREUER, K.-D., und KLEINSCHMIDT, R.: Modellversuchsreihe zur beruflichen Qualifizierung von Erwachsenen. Ergebnisse einer Arbeitstagung der Träger und Projektleiter. In: BWP, 16. Jg. (1987), Heft 2, S. 66–67.
- [7] SAUTER, E., und HARKE, D.: Qualität und Wirtschaftlichkeit beruflicher Weiterbildung. Bericht über ein Projekt zur Festlegung und Sicherung der Qualität von Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Berlin/Bonn 1988 (Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 99).
- [8] Siehe Quellenverzeichnis.
- [9] Vgl.: Werkstattgespräch zum Thema „Das soziale Umfeld von Weiterbildungsteilnehmern“ im Rahmen des Forschungsprojekts 4.059 am 26.01.1988 im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin.

Quellenverzeichnis

- Schäuble, Ingegerd, und Schreifeldt, Karin: Soziales Umfeld von Weiterbildungsteilnehmern – Analysebericht (unveröffentlichtes Manuskript), München 1987.
- Burow-Auffarth, Käte, und Klauß, Dieter: Der Einfluß des sozialen Umfelds auf das Teilnehmergehalten im MVI (unveröffentlichtes Manuskript), Hamburg 1988.
- Breuer, Klaus-Detlef, und Kühn, Günter: unveröffentl. Protokoll zur Sitzung des Werkstattgesprächs am 26.01.1988 zum Thema „Das soziale Umfeld von Weiterbildungsteilnehmern“, Berlin 1988.